

Menschen vergleichen sich mit anderen, immer wieder und auf ganz unterschiedlichen Ebenen: in der Schule, im Sport, im Erwerbsleben. Über das Auto, das Handy, die Urlaubsreise. Der Vergleich ist immer auch eine Triebfeder des Wirtschaftslebens gewesen. Im Englischen gibt es dafür eine schöne Redewendung: „to keep up with the Joneses“ – mit den Joneses Schritt halten. Man will sich von den Nachbarn nicht abhängen lassen, wenn sie sich eine neue Küche oder ein neues, natürlich größeres und PS-stärkeres Auto leisten können, wenn sie (in Vor-Corona-Zeit) in exotischere Regionen der Welt in den Urlaub fliegen, wächst der Anreiz, es ihnen nachzutun. Wer in einem teuren Stadtviertel lebt und weniger als seine Nachbarn verdient, kann auf diese Weise über kurz oder lang Probleme mit seiner Bank bekommen.

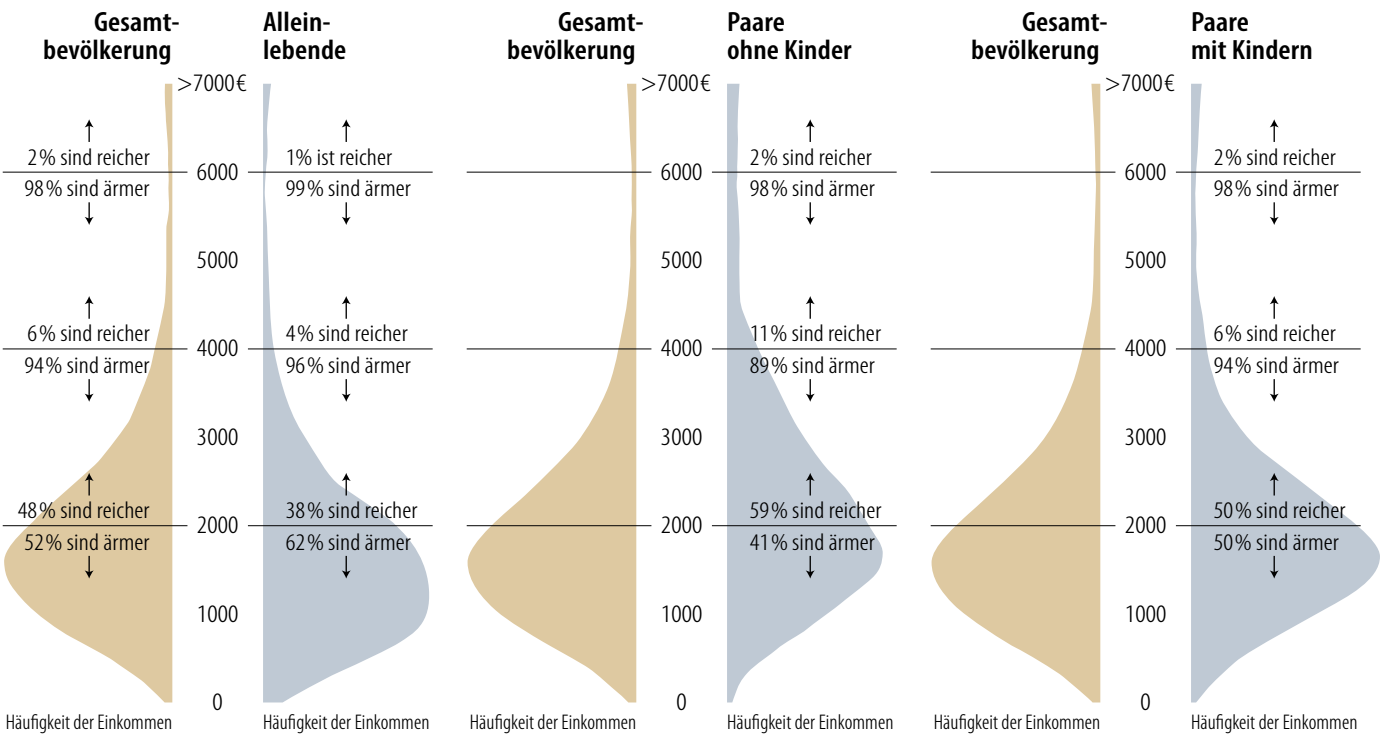
Ein ganz besonderer Vergleichsmaßstab ist natürlich das Einkommen. Neben dem Bildungsabschluss zergliedert es die Bevölkerung. Es gibt die da oben, die da unten und die dazwischen. Fast alle zählen sich zur Mittelschicht. Doch der ein oder andere gehört zu den oberen 10 Prozent, ohne dass er es selbst je gedacht hätte. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft hat einmal mehr die Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) ausgewertet. Herausgekommen ist unter anderem: Kinderlose Singles gehören mit einem Nettoeinkommen von 3529 Euro zu den reichsten 10 Prozent. Paare, die keinen Nachwuchs oder zumindest keinen mehr im Haushalt haben, zählen mit mehr als 5294 Euro netto im Monat zu dieser Kategorie.

Das Institut in Köln hat die Daten aus den Haushaltsbefragungen für das Netz aufbereitet. Jeder kann dort einen Vergleich wagen – was allerdings nicht ganz leicht ist, da nicht die schlichten Nettoeinkommen miteinander verglichen werden, sondern die Familiengröße berücksichtigt wird. Dabei wird allerdings unterstellt, dass das Zusammenleben billiger ist. Daher wird das gesamte Nettoeinkommen eines Haushalts durch eine gewichtete Zahl seiner Mitglieder geteilt. Der erste Erwachsene hat den Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahren den Faktor 0,5, Kinder unter 14 Jahren bekommen den Faktor 0,3. Ein Paar ohne Kinder fällt somit in dieselbe Einkommensgruppe eines Singles, wenn es über das Eineinhalbfache seines Nettoeinkommens verfügt.

Zu berücksichtigen ist noch etwas: Auch wenn die Studie am Montag veröffentlicht worden ist, sind selbst diese Zahlen nicht ganz tautschr. Sie spiegeln das Jahr 2017. Doch auch damit sind sie immer noch deutlich jünger als die aus der

Wie wohlhabend sind Sie im Vergleich?

Bedarfsgewichtete Nettoeinkommen¹⁾ je Haushaltsmitglied



1) Das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen berücksichtigt, dass Kinder weniger Geld brauchen als Erwachsene und dass das Leben in einigen Bereichen günstiger wird, wenn mehrere Menschen zusammenleben. Deshalb wird das gesamte monatliche Haushaltsnettoeinkommen durch die bedarfsgewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt. Der erste Erwachsene hat den Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied über 14 Jahren den Faktor 0,5, Kinder unter 14 Jahren den Faktor 0,3. Quelle und Grafikverleiher: IW Köln auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) bezogen auf das Jahr 2017 / F.A.Z.-Grafik neu.

Obere 10 Prozent mit 3529 Euro

Ab welchem Einkommen gehört man zu den Spitzenverdienern? Das kann jetzt jeder leicht herausfinden. *Von Manfred Schäfers, Berlin*

neuesten Einkommensteuerstatistik. Wegen der langen Fristen zur Steuerveranlagung sind diese erst etwa dreieinhalb Jahre nach Ende des Veranlagungsjahres verfügbar. Im Mai dieses Jahres berichtete das Statistische Bundesamt beispielsweise über die Daten aus dem Jahr 2016. Knapp 22 900 aller Steuerpflichtigen hatten demnach Einkünfte von mindestens einer Million Euro. 102 000 Steuerpflichtige zahlten nach der offiziellen Statistik

die „Reichensteuer“ von 45 Prozent. Der Spitzensteuersatz traf in dem Jahr Einkommen über 255 000 Euro. Bei gemeinsam veranlagten Eheleuten ist der Betrag doppelt so hoch. Sie zählen zudem als ein Steuerpflichtiger. Wie die beiden Wirtschaftswissenschaftler des Instituts, Judith Niehues und Maximilian Stockhausen, hervorheben, ist vor der Corona-Krise der Wohlstand in Deutschland auch in der Breite deut-

lich gestiegen: Nicht nur die Grenze, die die oberen 10 Prozent vom Rest der Bevölkerung trennt, erhöhte sich, sondern auch das sogenannte Medianeinkommen. Es zerlegt die Bevölkerung rechnerisch in genau zwei gleich große Hälften. 2016 lag es bei 1869 Euro netto im Monat. Die Hälfte der Bevölkerung verdiente also mehr, die andere Hälfte weniger. 2017 lag es den Angaben zufolge schon bei 1946 Euro monatlich – „ein deutliches Zeichen für gestiegenen Wohlstand“, urteilen die Ökonomen vom Rhein.

Der Analyse zufolge überschätzen viele Deutsche den Anteil der Reichen in der Bevölkerung. „Bei Einschätzungen zum Thema Reichtum gehen Daten und Wahrnehmung besonders weit auseinander“, betont die Verteilungsexpertin Niehues. „Kaum jemand empfindet sich selbst als reich, gleichzeitig glauben viele, dass sehr große Teile der Bevölkerung reich sind.“ Das Institut verweist darauf, dass ein Single mit 3892 Euro netto im Monat zu den reichsten 7 Prozent der Bevölkerung gehört, was das Einkommen betrifft. „Tatsächlich glauben aber viele, dass erst bei deutlich höherem Einkommen von Reichtum gesprochen werden kann – die Schätzungen liegen meist zwischen 7000 und 10 000 Euro netto im Monat“, berichten die Forscher.

Auferstanden aus Ruinen

Nach Jahren der Krise fasst die Solarbranche in Deutschland wieder Mut – und Träume leben fort

niza. FRANKFURT. Das Geschäft mit der Sonnenenergie boomt. Mit 138 Gigawatt lag die Kapazität der global produzierten Module 2019 satte 30 Prozent über dem Vorjahreswert, wie die Ökonomen des Londoner Markit-Instituts kürzlich errechnet haben. Hauptabnehmer der zum weit überwiegenden Teil in China gefertigten Teile ist das Land in Fernost selbst, aber auch in Deutschland gibt es nach der 2013 einsetzenden Ausbaufaute seit zwei Jahren wieder leichte Zuwächse. Solarmodule im Umfang von 3,9 Gigawatt schraubten sich Hausbesitzer im vergangenen Jahr auf die Dächer. Mit rund 50 Gigawatt übertrifft ihre installierte Leistung jene der deutschen Kohlekraftwerke mittlerweile deutlich, wenngleich die Anlagen nur wenige Wochen im Jahr und noch seltener als Windräder unter Vollast laufen.

Durch die gesunkenen Herstellungskosten und das gewachsene Klimabewusstsein sieht sich die Solarbranche im Aufwind. Installateure und Hersteller berichten von einem anziehenden Interesse. In Bremen, Hamburg und Baden-Württemberg ist die Installation auf den Dächern neuer Wohngebäude künftig verpflichtend, doch in Ostdeutschland wuchs die Nachfrage im vergangenen Jahr am stärksten, wie das Online-Verbraucherportal Aroundhome nach Auswertung von mehr als 100 000 Suchanfragen der F.A.Z. berichtet. Spitzenreiter war demnach Sachsen. Aroundhome erklärt sich das unter anderem mit Nachholeffekten angesichts der Tatsache, dass sich im Osten bislang nur 165 000 Solaranlagen finden. Zum Vergleich: In ganz Deutschland sind es 1,8 Millionen und allein in Bayern mehr als 500 000. Das Interesse an Mietmodellen bleibt laut der Suchanfragen-Auswertung indes schwach; wer sich für die Photovoltaik entscheidet, kauft.

Im Sanierungseifer nichts überstürzen

Dass die Installationskosten für Hausbesitzer schnell fünfstellig werden und sich die Investition erst nach vielen Jahren rechnet, erklärt eine nach wie vor weitverbreitete Skepsis. Für Markus Wohlgemuth ist sie aber in vielen Fällen völlig unberechtigt. Der Architekt und Energieberater arbeitet in der Innovation City Ruhr, einer von Politik und Wirtschaft vor zehn Jahren gegründeten Projektgesellschaft, die sich vor allem in Bottrop einen Namen gemacht hat mit Technologieförderung und kostenloser Energieberatung für Hausbesitzer – und der einstigen Zechenstadt neben einer mit 4 Prozent weit überdurchschnittlichen Sanierungsquote auch eine überdurchschnittlich große Photovoltaik-

Dichte beschert hat. „Die Leute sind meist doch überrascht, wie günstig Solaranlagen sind“, berichtet Wohlgemuth. Die Amortisierungszeit betrage in der Regel zehn bis zwölf Jahre, Fördermittel wie die zuletzt kräftig aufgestockten KfW- und Bafa-Töpfe noch nicht einberechnet.

Auch wenn es immer wieder Bedenken gebe, müsse man in den meisten Fällen keine statischen Probleme fürchten. Ähnliches gelte für die Wirtschaftlichkeit; Ausnahmen seien wegen umliegender Gebäude oder Bäume völlig verschattete Dächer, eine reine Ost-West-Ausrichtung und in die Jahre gekommene Dachpfannen, die in ein paar Jahren ausgetauscht werden müssen. Der Berater empfiehlt zur Erstinformation die Verwendung von Solardachkatalogen, wie es sie mittlerweile in vielen Regionen gibt. Darin kann man neben dem Stromverbrauch auch alle übrigen Kennziffern eingeben und grob abschätzen, welche Anlagengröße sich unter welchen Umständen lohnt. Es sei nämlich nicht so, dass mit größerer Fläche stets die Wirtschaftlichkeit steige. „Interessant ist eine Solaranlage dann, wenn möglichst viel selbst verbraucht wird“, erklärt der Mann aus Bottrop. Auf die Einspeisevergütung zu schielen wie in früheren EEG-Hochzeiten, als bis zu 50 Cent je Kilowattstunde winkten, ist aus seiner Sicht nicht ratsam.

Gleichwohl ist auch für den Energieberater nicht alles eitel Sonnenschein mit der Photovoltaik. Wie viele in der Branche hält auch er die Mieterstromregelung in der derzeitigen Form für untauglich, allein da Vermieter nach der Investition nicht sichergehen könnten, ob die Mieter mitmachen. Aber auch Hausbesitzer sollten im Sanierungseifer nicht gleich überstürzen und sich beispielsweise die Anschaffung einer Solarthermie-Anlage gut überlegen. „So Anlagen brauchen einen Mindestverbrauch“, sagt Wohlgemuth über diese Systeme, mit denen sich sowohl Strom als auch Wärme erzeugen lassen. Für Einfamilienhäuser mit nur zwei Personen lohne sich das nicht.

Hinzu kommen die nach wie vor existierenden Speicherprobleme: Zur Mittagszeit, wenn die Sonneneinstrahlung ihr Maximum erreicht, ist der private Verbrauch meist im Keller. Abhilfe verschaffen Zeitschaltuhren, mit denen sich Spülmaschine und Trockner programmieren lassen – und Stromspeicher. Doch bis zu deren Marktreife ist es für den Vertreter der Innovation City Ruhr noch etwas hin. „Wenn dicke Fördermittel drauf sind, lohnt sich das eher, aber in den meisten Fällen nicht“, sagt er und verweist darauf, dass die Speicher oft mehr als 50 Prozent von dem kosten, was man allein für die Solar-

anlage hinblättert. Und dennoch: Wer erwarte, dass erst bei einem Eigenstromverbrauch von 80 Prozent die Wirtschaftlichkeit gegeben sei, irre. In einigen Fällen rechne sich Photovoltaik schon ab 30 Prozent und im Grunde fast immer, wenn zugleich eine elektrische Wärmepumpe zum Heizen installiert ist – oder ein Elektroauto als Zweitwagen in der Garage steht.

„Das Potential ist gigantisch“

„Die Sonne verschickt keine Rechnung“ – was schon die Solarpioniere der ersten Stunde predigten, ist mit verstärktem Bemühen um den Klimaschutz wieder in aller Munde. Viele träumen von der Autarkie und unbegrenzten Energieversorgung in den eigenen vier Wänden, und sei sie im nicht gerade übermäßig sonnenverwöhnten Deutschland auf absehbare Zeit auch noch so begrenzt möglich. Rund 8 Prozent entfallen im hiesigen Strommix derzeit auf die Solarenergie. Die Bundesnetzagentur kalkuliert in den kommenden zehn bis 15 Jahren mit kräftigen Zuwächsen – aber eben auch nur mit einer Verdopplung auf rund 16 Prozent. Eine jüngste Stellungnahme der Wissenschaftsakademien Leopoldina, Acatech und Akademienunion machte ebenfalls deutlich, dass zwar durchaus mit mehr Eigenstromerzeugung etwa durch die Photovoltaik zu rechnen ist. Obsolete mache das den Bau neuer Leitungen jedoch nicht, im Gegenteil: „Der in Teilen der Bevölkerung ungeliebte Stromnetzausbau ist selbst bei einer stärker dezentral ausgerichteten Energiewende unvermeidbar“, lautete ihr Fazit.

Im Norden von Dresden will man sich die Stimmung aber nicht verderben lassen. Für Solarwatt läuft das Geschäft nach



Begehrte Solarmodule

Foto Visum

Hautkrebs wird zum größten Gesundheitsrisiko für Bauarbeiter

Studie: Lehrlinge vernachlässigen Sonnenschutz

dc. BERLIN. In der Corona-Pandemie haben Bauarbeiter zumindest in einer Hinsicht einen Vorteil: Im Freien verbreitet sich das Virus schwieriger als im Großraumbüro. Andere Gesundheitsrisiken, die besonders in Außenberufen auftreten, lassen damit aber nicht nach – schon gar nicht die Sonne. Die Berufsgenossenschaft Bau, die gesetzliche Unfallversicherung für die Branche, beobachtet mit Sorge, dass sich UV-Strahlung zur größten Gefahrenquelle für Bauarbeiter entwickelt. Immer häufiger müssen ihre Arbeitsmediziner den Verdacht einer berufsbedingten Hautkrebs-Erkrankung prüfen.

Mit insgesamt 3131 gemeldeten Verdachtsfällen machte sonnenbedingter Hautkrebs im vergangenen Jahr fast ein Viertel aller gemeldeten Berufskrankheiten in der Bauwirtschaft aus – mehr als jede andere Diagnose. Das zeigt eine neue Auswertung der Bau-Berufsgenossenschaft, die der F.A.Z. vorab vorliegt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl um 187 oder sechs Prozent erhöht. Zudem weist sie auf die Folgekosten hin: Die Ausgaben für Heilbehandlung, Rehabilitation und Renten waren im Jahr 2019 mit 14,3 Millionen Euro fast doppelt so hoch wie 2017.

Entsprechend besorgt zeigt sich die Berufsgenossenschaft nun über die Ergebnisse einer Befragung von Auszubildenden aus verschiedenen Gewerken der Bauwirtschaft: Die Bemühungen um mehr Beratung und Vorsorge, die vor einiger Zeit auch durch neue Vorschriften verstärkt wurden, sind demnach nur zum Teil erfolgreich. Zwar kommen die Informationen bei den jungen Menschen an – aber viele ziehen nicht die erhofften Schlüsse daraus.

Konkret zeigten sich 91 Prozent der Befragten darüber informiert, dass UV-Strahlung gefährlich sein kann. Außerdem wussten 83 Prozent, dass langärmelige Kleidung davor schützt. Zugleich äußerten aber 57 Prozent die Ansicht, dass ein normaler Sonnenbrand ungefährlich sei. Nur 20 Prozent der befragten jungen Menschen gaben an, dass sie Schutz vor Sonnenstrahlen wichtig nähmen. Gerade einmal 17 Prozent berichteten, dass sie regelmäßig Sonnencreme benutzen. Und nur 15 Prozent schützen sich mit langärmeliger Kleidung vor sengenden Sonnenstrahlen.



In der prallen Sonne

Foto Frank Röth

Corona trifft Immobilienmarkt

Anleger und Büromieter reagieren auf Pandemie

pso. FRANKFURT. Die Corona-Pandemie und ihre Folgen haben auch den Immobilienmarkt erreicht. Wie aus den Berichten führender Maklerhäuser über das zweite Quartal 2020 hervorgeht, gingen die Transaktionen am deutschen Gewerbeimmobilienmarkt verglichen zum Vorquartal und dem Vorjahreszeitraum erheblich zurück. Dies trübt auch die Aussichten. Der Immobiliendienstleister JLL beispielsweise rechnet für dieses Jahr nur mit einem Transaktionsvolumen von rund 70 Milliarden Euro am Markt für Büros, Ladenflächen, Hotels, Logistikhallen und gewerbliche Wohnungskäufe, also ohne die Transaktionen von Kleinanlegern auf dem Wohnungsmarkt. Dies entspräche einem Rückgang im Vergleich zu 2019 um fast ein Viertel. JLL begründet dies in einer Mitteilung unter anderem damit, dass die „immer noch lahmten Reisetätigkeiten“ den Abschluss oder das Fortführen mancher Transaktionen behindern. Solange die Einreisebeschränkungen aus bestimmten Herkunftsländern aufrechterhalten bleiben, werde der Markt nur eingeschränkt und überwiegend national funktionieren.

Etwas optimistischer betrachtet der Dienstleister Savills das Geschehen: Er glaubt zwar, dass die Marktzahlen noch nicht den Tiefpunkt erreicht haben, dass das Interesse der Marktteilnehmer aber die Talsohle schon durchschritten habe und folglich wieder bessere Zei-

ten kommen. Auch das Maklerhaus CBRE verbreitet gewisse Hoffnungen: Die konjunkturelle Schockstarke sei überwunden, heißt es in einer Mitteilung, und die öffentlichen Hilfen und konzertierten Aktionen sollten dafür sorgen, dass sich das Vertrauen der Investoren in den deutschen Immobilienmarkt, der global als einer der stabilsten und sichersten Anlagehäfen gelte, weiter verfestige.

Der Rückgang der Investitionen im zweiten Quartal war außerordentlich stark. So weist JLL für das erste Halbjahr insgesamt noch ein Transaktionsvolumen von 42,5 Milliarden Euro aus, 31 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Das lag aber ausschließlich am starken, von der Corona-Krise weitgehend noch unbeeinflussten ersten Quartal. Das zweite Quartal steuerte dagegen nur noch weniger als 15 Milliarden Euro zum Transaktionsvolumen bei. Unter den einzelnen Anlagekategorien schnitten besonders Hotels und Einzelhandel schlecht ab, wobei Geschäfte für den Lebensmittelhandel einigermaßen gefragt blieben. Aber auch die Nachfrage nach Büros, den wichtigsten Gewerbeimmobilien, fiel kräftig zurück. Das betraf auch Vermietungen: Im ersten Halbjahr wurden in den sieben größten deutschen Städten nur noch Verträge für Büroflächen von 1,28 Millionen Quadratmetern abgeschlossen, etwa 35 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Moment sei es nicht die Zeit, Umzüge zu realisieren, meint JLL.

Hoffnung für Türkei-Urlauber

Tourismusbeauftragter: Wollen Reisen ermöglichen

dpa-AFX. BERLIN. Der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, Thomas Bareiß, sieht wachsende Chancen für eine Aufhebung der coronabedingten Reisewarnung für die Türkei. „Wenn die Lage gut ist – und letzte Woche war die Lage gut – können wir relativ schnell die Öffnungen vorbereiten“, sagte der CDU-Politiker am Montag im „Frühstart“ von RTL/ntv. Man sei mit tendrin in Überlegungen, „was tun wir die nächsten Tage, um auch hier Reisen zu gewährleisten“.

Voraussetzung sei neben niedrigen Infektionszahlen, dass das türkische Gesundheitssystem Virusausbrüche so bewältigen könne, dass Urlauber wieder gesund nach Hause kommen. Die Gespräche mit der Regierung der Türkei seien gut gewesen. „Man merkt, da wird sicherlich auch viel gemacht, dass vor Ort gewährleistet ist, dass der Schutz da ist.“ Die Türkei müsse genauso beurteilt werden wie andere Urlaubsländer: „Mit jedem Land müssen wir fair und gerecht umgehen.“ Erst am vergangenen Don-

nerstag hatte eine hochrangige türkische Regierungsdelegation in Berlin vergeblich versucht, eine Aufhebung der Reisewarnung zu erreichen. Außenminister Heiko Maas (SPD) sagte seinem Kollegen Mevlüt Cavusoglu lediglich zu, neue Daten zur Infektionslage und Gesundheitsversorgung in der Türkei zu prüfen. Angestrebt sei ein abgestimmtes Vorgehen in der EU. Cavusoglu warf der Europäischen Union vor, Reisebeschränkungen für die Türkei aus „politischen Motiven“ aufrechtzuerhalten. Die Türkei sei ein sicheres Reiseland.

Die Bundesregierung hat die im März verhängte weltweite Reisewarnung inzwischen für 32 europäische Länder aufgehoben. Für die Türkei und etwa 160 weitere Länder gilt sie aber nach jetzigem Stand bis zum 31. August weiter. Die Türkei trifft das als drittbliebtestes Urlaubsland der Deutschen nach Spanien und Italien besonders hart. Außerdem hat die Bundesregierung die Türkei zusammen mit 125 anderen Ländern als Corona-Risikogebiet eingestuft.